

Auf Fragen der **Abg. Deussen-Dopstadt** erklärte **KVD'in Schrödl**, nach Aussage einer Familienhebamme, die im Rahmen eines Modellprojektes organisatorisch dem Gesundheitsamt zugeordnet gewesen sei, sei die Ansiedlung bei einem freien Träger vorzuziehen, da der Zugang zu einer Behörde für manche bereits eine Hemmschwelle bedeute. Der Einsatz einer Familienhebamme in einer Familie werde grundsätzlich auf ein Jahr befristet. Sollte darüber hinaus noch Unterstützung erforderlich sein, werde im Einzelfall eine andere Hilfe installiert.

Der Ausschuss nahm das Konzept der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis. Im Rahmen des Haushalts 2009 wird über die Einrichtung einer Stelle für eine Familienhebamme beraten.